

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1972

Ausgegeben am 27. Juni 1972

64. Stück

- 194.** Verordnung: Änderung der Sprengel der Bezirksgerichte Hopfgarten, Innsbruck, Schwaz und Telfs
- 195.** Verordnung: Änderung des Sprengels des Bezirksgerichts Bad Aussee
- 196.** Verordnung: Ermäßigung von festen Teilbeträgen für bestimmte Waren der Zolltarifnummern 18.06, 19.08 und 20.05 nach dem Ausgleichsabgabegesetz
- 197.** Verordnung: Sammelwertberichtigungsverordnung 1972
- 198.** Verordnung: Festsetzung eines Zuschlags zu den im Rechtsanwaltstarifgesetz angeführten festen Beträgen
- 199.** Kundmachung: Großverkaufspreise für Extra-Primasprit und Ausfuhrpreis für Branntwein
- 200.** Kundmachung: 2. Salinenarbeiter-Kundmachung 1972

194. Verordnung der Bundesregierung vom 6. Juni 1972 über die Änderung der Sprengel der Bezirksgerichte Hopfgarten, Innsbruck, Schwaz und Telfs

Auf Grund des § 8 Abs. 5 lit. d des Übergangsgesetzes vom 1. Oktober 1920 in der Fassung des BGBl. Nr. 368 vom Jahre 1925 wird mit Zustimmung der Tiroler Landesregierung verordnet:

Artikel I

Die Verordnung der Bundesregierung vom 23. Feber 1971, BGBl. Nr. 77, über die Sprengel der in Tirol gelegenen Bezirksgerichte in der Fassung der Kundmachung BGBl. Nr. 137/1971 wird wie folgt geändert:

1. Der § 2 hat zu lauten:

„§ 2. Der Sprengel des Bezirksgerichtes Hopfgarten umfaßt folgende Gemeinden:

Brixen im Thale, Hopfgarten im Brixental, Itter, Kirchberg in Tirol, Westendorf.“

2. Der § 4 hat zu lauten:

„§ 4. Der Sprengel des Bezirksgerichtes Innsbruck umfaßt die Stadt mit eigenem Statut Innsbruck und folgende Gemeinden:

Aldrans, Axams, Birgitz, Ellbögen, Fulpmes, Götzens, Gries im Sellrain, Grinzens, Kematen in Tirol, Kreith, Lans, Leutasch, Mieders, Mutters, Natters, Neustift im Stubaital, Patsch, Reith bei Seefeld, Sankt Sigmund im Sellrain, Scharnitz, Schönberg im Stubaital, Seefeld in Tirol, Sellrain, Sistrans, Telfes im Stubai, Völs.“

3. Der § 13 hat zu lauten:

„§ 13. Der Sprengel des Bezirksgerichtes Schwaz umfaßt folgende Gemeinden:

Achenkirch, Bruck am Ziller, Buch bei Jenbach, Eben am Achensee, Gallzein, Jenbach, Pill, Schwaz, Stans, Steinberg am Rofan, Strass im Zillertal, Terfens, Vomp, Weer, Weerberg, Wiesing.“

4. Der § 16 hat zu lauten:

„§ 16. Der Sprengel des Bezirksgerichtes Telfs umfaßt folgende Gemeinden:

Flaurling, Hatting, Inzing, Oberhofen im Inntal, Oberperfuß, Petttau, Pfaffenhofen, Polling in Tirol, Ranggen, Telfs, Unterperfuß, Wildermieming, Zirl.“

Artikel II

Der Artikel I Z. 1, 2 und 4 dieser Verordnung tritt mit 30. Dezember 1971 in Kraft. Der Artikel I Z. 3 tritt mit 30. November 1971, hinsichtlich der Gemeindebezeichnung „Strass im Zillertal“ aber mit 30. Dezember 1971 in Kraft.

Kreisky	Häuser	Rösch	Broda
Sinowatz	Androsch	Weihls	Staribacher
Frühbauer	Lütgendorf	Kirchschläger	Moser
	Firnberg		

195. Verordnung der Bundesregierung vom 6. Juni 1972 über die Änderung des Sprengels des Bezirksgerichts Bad Aussee

Auf Grund des § 8 Abs. 5 lit. d des Übergangsgesetzes vom 1. Oktober 1920 in der Fassung des BGBl. Nr. 368 vom Jahre 1925 wird

mit Zustimmung der Steiermärkischen Landesregierung verordnet:

Artikel I

Die Verordnung der Bundesregierung vom 12. Jänner 1971, BGBl. Nr. 32, über die Sprengel der in Steiermark gelegenen Bezirksgerichte in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 447/1971 und BGBl. Nr. 23/1972 sowie der Kundmachung BGBl. Nr. 137/1971 wird wie folgt geändert:

Der § 2 hat zu lauten:

„§ 2. Der Sprengel des Bezirksgerichtes Bad Aussee umfaßt folgende Gemeinden:

Altaussee, Bad Aussee, Grundlsee, Bad Mitterndorf, Pichl bei Aussee.“

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit 1. Juli 1972 in Kraft.

Kreisky	Häuser	Rösch	Broda
Sinowatz	Androsch	Weihls	Staribacher
Frühbauer	Lütgendorf	Kirchschläger	Moser
	Firnberg		

196. Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 9. Juni 1972 über die Ermäßigung von festen Teilbeträgen für bestimmte Waren der Zolltarifnummern 18.06, 19.08 und 20.05 nach dem Ausgleichsabgabengesetz

Auf Grund des § 5 Abs. 2 des Ausgleichsabgabengesetzes, BGBl. Nr. 219/1967, wird in Verbindung mit § 6 des Zolltarifgesetzes 1958, BGBl. Nr. 74, verordnet:

Artikel I

Der feste Teilbetrag der Ausgleichsabgabe wird für die nachstehend angeführten Waren wie folgt ermäßigt:

Zolltarifnummer	Warenbezeichnung	fester Teilbetrag in v. H. des Zollwertes
ex 18.06	Schokolade und andere kakaohaltige Nahrungsmittelzubereitungen, ausgenommen Waren weder mit Saccharose noch mit Dextrose versetzt	16
19.08	Feine Backwaren (Konditorwaren, Biskuitwaren und anderes feines Gebäck), auch mit beliebigem Zusatz von Kakao	20
ex 20.05	Konfitüren und Marmeladen, mit Zuckerzusatz	15

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit 1. Juli 1972 in Kraft und verliert ihre Wirksamkeit mit Ablauf des 31. Dezember 1972.

Androsch

197. Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 12. Juni 1972 über Sammelwertberichtigungen bei Kreditunternehmungen (Sammelwertberichtigungsverordnung 1972)

Auf Grund des § 10 Abs. 2 des Rekonstruktionsgesetzes, BGBl. Nr. 183/1955, wird verordnet:

§ 1. Die Kreditunternehmungen haben in den Bilanzen auf die nicht einzeln wertberichtigten Forderungen — ausgenommen Forderungen gegen den Bund, gegen Länder oder gegen Gemeinden und von diesen verbürgte oder gewährleistete Forderungen sowie Forderungen gegen Kreditunternehmungen — Sammelwertberichtigungen in folgender Höhe vorzunehmen:

1. Die Kreditunternehmungen mit der Rechtsform einer Einzelfirma, einer offenen Handelsgesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft, die Teilzahlungskreditunternehmungen, die Geldausgleichsstellen der Kreditgenossenschaften, die Girozentrale und Bank der österreichischen Sparkassen Aktiengesellschaft als zentrale Geldausgleichsstelle der Sparkassen, die Kreditgenossenschaften nach dem System Schulze-Delitzsch, die Bürgschaftsgenossenschaften oder sonstige Kreditunternehmungen, deren Geschäftsgegenstand ausschließlich die Übernahme von Bürgschaften (mit oder ohne Gewährung von nicht rückzahlbaren Zinszuschüssen) und die Durchführung von Zuschußaktionen des Bundes umfaßt:

- a) für Wechsel, einschließlich bankgierter Wechsel und für Eventualforderungen aus Indossamentverbindlichkeiten 1'50/0
- b) für Hypothekendarlehen 0'50/0
- c) für alle übrigen Forderungen, einschließlich eigener Wechselziehungen und der Eventualforderungen aus Bürgschaftsverbindlichkeiten, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen 3'00/0

2. Alle übrigen Kreditunternehmungen:

- a) für Wechsel, einschließlich bankgierter Wechsel und für Eventualforderungen aus Indossamentverbindlichkeiten 1'00/0

- b) für Hypothekendarlehen 0'5%
- c) für alle übrigen Forderungen, einschließlich eigener Wechselziehungen und der Eventualforderungen aus Bürgschaftsverbindlichkeiten, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen 2'0%

§ 2. Die Sparkassen, die Girozentrale und Bank der österreichischen Sparkassen Aktiengesellschaft, die Steiermärkische Bank Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die Österreichische Kommunalkredit-Aktiengesellschaft zur Aufschließung von Industriegelände und die Hypothekenanstalten haben in den Bilanzen auf die nicht einzeln wertberechtigten Forderungen gegen Gemeinden oder auf die von diesen verbürgten oder gewährleisteten Forderungen Sammelwertberechtigungen in Höhe von 0'5% vorzunehmen.

§ 3. Die Geldausgleichsstellen der Kreditgenossenschaften haben in den Bilanzen auf die nicht einzeln wertberechtigten Forderungen gegen die ihnen angeschlossenen Kreditunternehmen Sammelwertberechtigungen in Höhe von 0'5% vorzunehmen.

§ 4. Soweit die Kreditunternehmen einem Kreditnehmer gegenüber nach den allgemeinen Geschäftsbedingungen aus kreditorischen Konten zur Aufrechnung berechtigt sind oder ein Zurückbehaltungsrecht an diesen Konten geltend machen können, sind die entsprechenden Beträge für die Berechnung der Sammelwertberechtigungen von den Bilanzpositionen abzusetzen.

§ 5. Die Sammelwertberechtigungen sind zu Ende eines jeden Geschäftsjahres an den Stand der Forderungen anzupassen. Die sich hiebei ergebenden Erhöhungen oder Verminderungen sind über die Gewinn- und Verlustrechnung zu führen.

§ 6. Zuweisungen an Sammelwertberechtigungen stellen steuerlich Betriebsausgaben dar.

§ 7. (1) Diese Verordnung tritt mit 1. Juli 1972 in Kraft.

(2) Die Sammelwertberechtigerungsverordnung vom 28. November 1955, BGBl. Nr. 240, in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 49/1960 und 118/1969 tritt mit Ablauf des 30. Juni 1972 außer Kraft.

Androsch

198. Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 14. Juni 1972 über die Festsetzung eines Zuschlags zu den im Rechtsanwaltstarifgesetz angeführten festen Beträgen

Auf Grund des § 25 des Bundesgesetzes vom 22. Mai 1969, BGBl. Nr. 189, über den Rechtsanwaltstarif wird im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß des Nationalrats verordnet:

§ 1. (1) Zu den im Tarif des Bundesgesetzes über den Rechtsanwaltstarif angeführten festen Beträgen wird ein Zuschlag von 20 v. H. festgesetzt.

(2) Die sich hiernach ergebende Entlohnung des Rechtsanwalts wird in der einen Bestandteil dieser Verordnung bildenden Anlage festgesetzt.

§ 2. (1) Diese Verordnung tritt mit 1. Juli 1972 in Kraft.

(2) Sie ist auf Leistungen der Rechtsanwälte anzuwenden, die nach dem 30. Juni 1972 bewirkt werden; im Verhältnis zur Partei bleibt eine andere Vereinbarung über die Höhe der Entlohnung unberührt.

Broda

Anlage

1. Nach Tarifpost 1 beträgt die Entlohnung bei einer Bemessungsgrundlage

	bis einschließlich	500 S	12 S,
über	500 S bis einschließlich	1.000 S	18 S,
über	1.000 S bis einschließlich	1.500 S	24 S,
über	1.500 S bis einschließlich	2.500 S	27 S,
über	2.500 S bis einschließlich	5.000 S	30 S,
über	5.000 S bis einschließlich	10.000 S	36 S,
über	10.000 S bis einschließlich	15.000 S	48 S,
über	15.000 S bis einschließlich	25.000 S	54 S,
über	25.000 S bis einschließlich	50.000 S	60 S,
über	50.000 S bis einschließlich	75.000 S	72 S,
über	75.000 S bis einschließlich	100.000 S	90 S,
über	100.000 S bis einschließlich	140.000 S	120 S,

über 140.000 S bis einschließlich 500.000 S
für je angefangene weitere 20.000 S um 12 S mehr,
über 500.000 S bis einschließlich 5,000.000 S
überdies vom Mehrbetrag über 500.000 S 0'1 v. T.,
über 5,000.000 S
überdies vom Mehrbetrag über 5,000.000 S 0'05 v. T.,
jedoch nie mehr als 1.080 S.

2. Nach Tarifpost 2 Abschnitt I beträgt die Entlohnung

bei einer Bemessungsgrundlage

	bis einschließlich	500 S	60 S,
über	500 S bis einschließlich	1.000 S	90 S,
über	1.000 S bis einschließlich	1.500 S	120 S,
über	1.500 S bis einschließlich	2.500 S	132 S,
über	2.500 S bis einschließlich	5.000 S	150 S,
über	5.000 S bis einschließlich	10.000 S	180 S,
über	10.000 S bis einschließlich	15.000 S	240 S,
über	15.000 S bis einschließlich	25.000 S	270 S,
über	25.000 S bis einschließlich	50.000 S	300 S,
über	50.000 S bis einschließlich	75.000 S	360 S,
über	75.000 S bis einschließlich	100.000 S	450 S,
über	100.000 S bis einschließlich	140.000 S	600 S,
über	140.000 S bis einschließlich	500.000 S	
	für je angefangene weitere 20.000 S um 60 S mehr,			
	über 500.000 S bis einschließlich 5,000.000 S			
	überdies vom Mehrbetrag über 500.000 S		0'5 v. T.,
	über 5,000.000 S			
	überdies vom Mehrbetrag über 5,000.000 S		0'25 v. T.,
	jedoch nie mehr als 5.400 S.			

3. In der Tarifpost 2 Abschnitt II letzter Absatz lauten die Höchstbeträge 5.400 S beziehungsweise 2.700 S.

4. In den Anmerkungen zur Tarifpost 2 lauten die Höchstbeträge in der Z. 2 30 S und in der Z. 3 60 S.

5. Nach Tarifpost 3 A Abschnitt I beträgt die Entlohnung

bei einer Bemessungsgrundlage

	bis einschließlich	500 S	120 S,
über	500 S bis einschließlich	1.000 S	180 S,
über	1.000 S bis einschließlich	1.500 S	240 S,
über	1.500 S bis einschließlich	2.500 S	264 S,
über	2.500 S bis einschließlich	5.000 S	300 S,
über	5.000 S bis einschließlich	10.000 S	360 S,
über	10.000 S bis einschließlich	15.000 S	480 S,
über	15.000 S bis einschließlich	25.000 S	540 S,
über	25.000 S bis einschließlich	50.000 S	600 S,
über	50.000 S bis einschließlich	75.000 S	720 S,
über	75.000 S bis einschließlich	100.000 S	900 S,
über	100.000 S bis einschließlich	140.000 S	1.200 S,
über	140.000 S bis einschließlich	500.000 S	
	für je angefangene weitere 20.000 S um 120 S mehr,			
	über 500.000 S bis einschließlich 5,000.000 S			
	überdies vom Mehrbetrag über 500.000 S		1 v. T.,
	über 5,000.000 S			
	überdies vom Mehrbetrag über 5,000.000 S		0'5 v. T.,
	jedoch nie mehr als 72.000 S.			

6. In der Tarifpost 3 A Abschnitt II lauten die Höchstbeträge im vorletzten Absatz 72.000 S und im letzten Absatz 36.000 S.

7. Nach Tarifpost 3 B Abschnitt I beträgt die Entlohnung

bei einer Bemessungsgrundlage

	bis einschließlich	500 S	150 S,
über	500 S bis einschließlich	1.000 S	225 S,
über	1.000 S bis einschließlich	1.500 S	300 S,
über	1.500 S bis einschließlich	2.500 S	330 S,
über	2.500 S bis einschließlich	5.000 S	375 S,
über	5.000 S bis einschließlich	10.000 S	450 S,
über	10.000 S bis einschließlich	15.000 S	600 S,
über	15.000 S bis einschließlich	25.000 S	675 S,
über	25.000 S bis einschließlich	50.000 S	750 S,
über	50.000 S bis einschließlich	75.000 S	900 S,
über	75.000 S bis einschließlich	100.000 S	1.125 S,
über	100.000 S bis einschließlich	140.000 S	1.500 S,
über	140.000 S bis einschließlich	500.000 S		
für je angefangene weitere 20.000 S um 150 S mehr,				
über	500.000 S bis einschließlich	5.000.000 S		
überdies vom Mehrbetrag über	500.000 S		1'25 v. T.,
über	5.000.000 S			
überdies vom Mehrbetrag über	5.000.000 S		0'625 v. T.,
jedoch nie mehr als 90.000 S.				

8. In der Tarifpost 3 B Abschnitt II lauten die Höchstbeträge im zweiten Absatz 90.000 S und im dritten Absatz 45.000 S.

9. Nach Tarifpost 3 C Abschnitt II beträgt die Entlohnung

bei einer Bemessungsgrundlage

	bis einschließlich	500 S	180 S,
über	500 S bis einschließlich	1.000 S	270 S,
über	1.000 S bis einschließlich	1.500 S	360 S,
über	1.500 S bis einschließlich	2.500 S	396 S,
über	2.500 S bis einschließlich	5.000 S	450 S,
über	5.000 S bis einschließlich	10.000 S	540 S,
über	10.000 S bis einschließlich	15.000 S	720 S,
über	15.000 S bis einschließlich	25.000 S	810 S,
über	25.000 S bis einschließlich	50.000 S	900 S,
über	50.000 S bis einschließlich	75.000 S	1.080 S,
über	75.000 S bis einschließlich	100.000 S	1.350 S,
über	100.000 S bis einschließlich	140.000 S	1.800 S,
über	140.000 S bis einschließlich	500.000 S		
für je angefangene weitere 20.000 S um 180 S mehr,				
über	500.000 S bis einschließlich	5.000.000 S		
überdies vom Mehrbetrag über	500.000 S		1'5 v. T.,
über	5.000.000 S			
überdies vom Mehrbetrag über	5.000.000 S		0'75 v. T.,
jedoch nie mehr als 108.000 S.				

10. In der Tarifpost 3 C Abschnitt II lauten die Höchstbeträge im ersten Absatz 108.000 S und im zweiten Absatz 54.000 S.

11. In den Anmerkungen zur Tarifpost 3 lauten die Höchstbeträge in der Z. 2 60 S und in der Z. 3 120 S.

12. Nach Tarifpost 4 Abschnitt I beträgt die Entlohnung nach der Z. 1 lit. a 288 S und nach der Z. 1 lit. b 192 S sowie nach der Z. 2 432 S.

13. In den Anmerkungen zur Tarifpost 4 lauten die Höchstbeträge in der Z. 1 30 S beziehungsweise 60 S und in der Z. 2 60 S beziehungsweise 120 S.

14. Nach Tarifpost 5 beträgt die Entlohnung

bei einer Bemessungsgrundlage

	bis einschließlich	1.000 S	12 S,
über	1.000 S bis einschließlich	2.500 S	17 S,
über	2.500 S bis einschließlich	5.000 S	20 S,
über	5.000 S bis einschließlich	10.000 S	24 S,
über	10.000 S bis einschließlich	25.000 S	30 S,
über	25.000 S bis einschließlich	40.000 S	36 S,

für je angefangene weitere 20.000 S um 9 S mehr,
jedoch nie mehr als 360 S.

15. In der Tarifpost 6 lautet der Höchstbetrag 720 S.

16. In der Tarifpost 7 lauten die Höchstbeträge im Abs. 1 720 S und im Abs. 2 1.440 S.

17. Nach Tarifpost 8 Abs. 1 beträgt die Entlohnung

bei einer Bemessungsgrundlage

	bis einschließlich	1.000 S	48 S,
über	1.000 S bis einschließlich	2.500 S	72 S,
über	2.500 S bis einschließlich	5.000 S	96 S,
über	5.000 S bis einschließlich	10.000 S	120 S,
über	10.000 S bis einschließlich	25.000 S	180 S,
über	25.000 S bis einschließlich	300.000 S	

für je angefangene weitere 20.000 S um 36 S mehr,
über 300.000 S
für je angefangene weitere 20.000 S um 18 S mehr,
jedoch nie mehr als 2.400 S für die halbe Stunde.

18. In der Tarifpost 8 Abs. 2 lautet der Höchstbetrag 960 S.

19. In der Tarifpost 9 Z. 1 lit. c und Z. 4 lauten die Beträge 60 S.

199. Kundmachung des Bundesministers für Finanzen vom 14. Juni 1972 betreffend die Großverkaufspreise für Extra-Primasprit und den Ausfuhrpreis für Branntwein

Artikel I

Mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates vom 14. Juni 1972 (Gesetz vom 13. April 1920, StGBI. Nr. 180) wird mit Gültigkeit ab 1. Juli 1972 der regelmäßige Verkaufspreis im Großverkauf für den von der Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols zur Herstellung von Trinkbranntweinen, Essenzen, Süßweinen und für die Abgabe zu häuslichen Zwecken abgegebenen Extra-Primasprit für 100 Liter Weingeist frachtfrei Bestimmungsstation mit 6000 S festgesetzt.

Der regelmäßige Verkaufspreis im Großverkauf für Extra-Primasprit zur Herstellung von kosmetischen Erzeugnissen und für Drogistenzwecke beträgt für 100 Liter Weingeist frachtfrei Bestimmungsstation wie bisher 3600 S.

Artikel II

Der Ausfuhrpreis im Großverkauf für den von der Verwertungsstelle des Österreichischen

Branntweinmonopols zur Herstellung von zur Ausfuhr bestimmten Trinkbranntweinen, Essenzen, Süßweinen, kosmetischen Erzeugnissen und Heilmitteln abgegebenen Branntwein wird mit Gültigkeit ab 1. Juli 1972 für 100 Liter Weingeist frachtfrei Bestimmungsstation mit 400 S festgesetzt.

Androsch

200. Kundmachung des Bundesministers für Finanzen vom 15. Juni 1972, mit der die Salinenarbeiter-Lohnordnung 1968 und die Salinenarbeiter-Pensionsordnung 1967 abgeändert werden (2. Salinenarbeiter-Kundmachung 1972)

Mit der Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates vom 14. Juni 1972 (Gesetz vom 13. April 1920, StGBI. Nr. 180) wird kundgemacht:

Artikel I

1. Die Lohn tafel (Anlage zur Salinenarbeiter-Lohnordnung 1968, BGBl. Nr. 264, in der Fassung der 2. Salinenarbeiter-Kundmachung 1971, BGBl. Nr. 451) hat zu lauten:

Lohnstufe	Lohnschema I Facharbeiter S	Lohnschema II qualifizierte Arbeiter S	Lohnschema III angelernete Arbeiter S	Lohnschema IV Hilfsarbeiter Reinigungsfrauen S
1	20'88	18'46	16'92	15'55
2	21'21	18'65	17'16	15'80
3	21'79	19'23	17'67	16'19
4	22'20	19'82	18'14	16'71
5	22'52	20'14	18'46	17'23
6	23'11	20'39	18'78	17'50
7	23'43	20'72	19'03	17'82
8	23'71	20'86	19'36	17'93
9	23'83	21'10	19'50	18'19
10	24'02	21'30	19'61	18'26
11	24'16	21'43	19'76	18'40
12	24'29	21'56	19'88	18'51
13	24'48	21'76	20'07	18'72
14	25'01	22'47	20'79	19'36
15	25'14	22'60	20'92	19'50
16	25'28	22'79	20'98	19'61
17	25'34	22'92	21'10	19'76
18	25'54	22'99	21'24	19'82
19	25'61	23'12	21'44	19'95
20	25'73	23'19	21'56	20'07

2. Die in Ziffer 1 enthaltenen Lohnsätze sind auf Dienstleistungen anzuwenden, die nach dem 30. Juni 1972 erbracht werden. Vor dem 1. Juli 1972 geleistete Dienste sind nach der Lohn tafel in der Fassung der 2. Salinenarbeiter-Kundmachung 1971, BGBl. Nr. 451, abzugelten.

Artikel II

Auf die Lohnansprüche der Salinenarbeiter für die Zeit ab 1. Juli 1972 ist ferner § 3 der Teuerungszulagenverordnung 1972, BGBl. Nr. 188, sinngemäß anzuwenden.

Artikel III

Die Salinenarbeiter-Pensionsordnung 1967, BGBl. Nr. 5/1968, in der Fassung des Artikels IV der 2. Salinenarbeiter-Kundmachung 1970, BGBl. Nr. 221, und des Artikels IV der 1. Salinenarbeiter-Kundmachung 1971, BGBl. Nr. 222, wird wie folgt geändert:

1. § 51 lit. b hat zu lauten:

„b) Die Ruhegenußbemessungsgrundlage der Arbeiter, die vor dem 1. Jänner 1963 in den Ruhestand versetzt wurden und

1. nach dem Lohnschema H/II bemessen wurde, ist nach dem Lohnschema der Facharbeiter (I),

2. nach dem Lohnschema H/I bemessen wurde, ist nach dem Lohnschema der qualifizierten Arbeiter (II),

3. nach dem Lohnschema NH/II bemessen wurde, ist nach dem Lohnschema der angelerneten Arbeiter (III) und

4. nach dem Lohnschema NH/I oder nach dem Frauenschema (F) bemessen wurde, ist nach dem Lohnschema der Hilfsarbeiter und Reinigungsfrauen (IV)

zu bemessen. Das Entsprechende gilt für Hinterbliebene nach Arbeitern, die vor dem 1. Jänner 1963 in den Ruhestand versetzt wurden oder vor dem 1. Jänner 1963 im Dienststand verstorben sind“.

2. § 51 lit. e wird aufgehoben.

Artikel IV

Die nach § 51 lit. b der Salinenarbeiter-Pensionsordnung 1967 in der Fassung des Artikels III zu errechnenden Pensionsleistungen gebühren ab 1. Juli 1972 im Ausmaß von 96 v. H., ab 1. Juli 1973 im Ausmaß von 98 v. H. und ab 1. Juli 1974 im Ausmaß von 100 v. H.

Artikel V

Die Bestimmungen der Artikel I bis IV treten mit 1. Juli 1972 in Kraft.

Androsch



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 1800 Seiten S 228.— für Inlands- und S 288.— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verschleißpreises von 40 g für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 1.50 für das Stück, bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung in Wien I, Kohlmarkt 16 (Postleitzahl 1010), Telephon 63 17 85 Serie, sowie in der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), Tel. 72 61 51.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung in Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 178. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Rennweg 12 a, 1037 Wien, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung, Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verschleißpreises abgegeben.